

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftsjetzt 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag Otto G.
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Die neueste Situation.

Zwei Briefe des Reichskanzlers. — Laverrenz Verkehrsminister!!?

Der Reichskanzler hat sowohl an die demokratische Reichstagsfraktion als auch an die deutschnationale Reichstagsfraktion je einen Brief gerichtet. In dem Brief an die Deutschnationalen handelt es sich um die Differenzen, die zwischen dem Reichskanzler und den Deutschnationalen noch bestehen, und zwar erstens wegen der Zahl der Ministerliste, die die Deutschnationalen erhalten sollen, zweitens wegen des Vorschlages der Deutschnationalen, ausgerechnet Herrn Laverrenz zum Verkehrsminister zu machen.

Der Brief an die Demokraten stellt der demokratischen Reichstagsfraktion die Frage, ob sie bereit sei, den Reichswehrminister Dr. Gehler als ihr Fraktionsmitglied in der Regierung zu belassen. Die Antwort auf diese Anfrage wird von der demokratischen Reichstagsfraktion gegenwärtig beraten.

Heute abend 6 Uhr wird das Kabinett die Antworten der Fraktionen zur Kenntnis nehmen und danach seine Entscheidung treffen.

Es verläuft, daß Reichskanzler Marx die Absicht habe, nach der voraussichtlich ablehnenden Antwort der Demokraten an Dr. Gehler persönlich die Frage zu richten, ob er unter Niederlegung seines Mandats als Reichswehrminister im Amt zu verbleiben gedenke.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat die Besprechung der Regierungsfrage gegen 1 Uhr unterbrochen und sich der Besprechung des deutsch-spanischen Handelsvertrages zugewandt. Sie wird die Besprechung der Regierungsfrage um 3 Uhr wieder aufnehmen.

Der Reichskanzler Marx hat angeblich zwei Aktionen im Gange. Einmal macht er die Entscheidung abhängig davon, ob Dr. Gehler mit Billigung der demokratischen Fraktion im Kabinett verbleibe, das anderemal davon, ob Dr. Gehler unter Lösung der Beziehungen zu seiner Fraktion in der Regierung verbleiben wolle.

Wir glauben nicht, daß Dr. Marx wirklich solche doppelte Methode betreibt. Er dürfte sich auch überzeugen haben, daß er von Dr. Gehler eine klare Abklage erhalten würde.

Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand tritt am Mittwochvormittag, die Reichstagsfraktion am Mittwochabend zu einer Sitzung zusammen.

Die Deutschnationalen in Auflösung.

Entrüstung ihrer Parteianhänger im Lande.

Nachdem sich erst dieser Tage ein „herausragendes Mitglied“ der Deutschnationalen aus Sachsen in unzweideutiger Weise über die Gefühle ausgesprochen hat, die man in den Kreisen der Parteianhänger über die „Regierungstollmut“ der deutschnationalen Reichstagsfraktion hegt, folgt jetzt aus Thüringen eine nicht minder eindeutige Zeitschrift an die „Deutsche Zeitung“. Darin wird der Reichstagsfraktion mitgeteilt, daß die Deutschnationalen in Thüringen ihrem Verhalten ganz verständnislos gegenüberstünden. Ihre Menschenwürde und Parteilehre, so heißt es in der Zeitschrift, würden von der Fraktion als Kaufpreis für Ministerstellen dargeboten. Wie ein armerlicher Bettler stehe die Partei an der Regierungspforte und stühe um Almosen. Das würdevolle Schicksal um die Regierung müsse sofort ein Ende haben. Herzg wird an sein „bestimmtes Rücktrittsversprechen“ erinnert, aber auch Hoehsch, v. Drnaber und v. Richthofen-Boguslawitz werden als diejenigen denunziert, die den bestimmenden Einfluß im Sinne der Regierungsbeteiligung ausüben. Die Berliner Parteileitung wird gewarnt und hinzugefügt: „Lange läßt sich die Partei nicht mehr zusammenhalten, wenn solche Zustände weiter andauern!“

Inzwischen hat der preussische Landtagsabgeordnete Pastor Boh seinen Austritt aus der Deutschnationalen Partei erklärt und sich der Nationalsozialisten angeschlossen, weil er die „Erfüllungspolitik“ nicht mitmachen will, zu der sich nach seiner Meinung die Deutschnationalen bereit erklärt haben.

Mit einer Partei, die in so vollkommener Auflösung begriffen ist, verhandelt der Reichskanzler im Auftrage Stresemanns als mit einem Faktor von konstanter Größe!

Die Demokraten und der Rechtsblock.

Dortmund, 20. Oktober. (TU.) Auf dem Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei für Westfalen-Süd in Dortmund sprach Abg. Erkelitz am Sonntagabend über die politischen Vorgänge der letzten Zeit. Die außenpolitische Lage sei seit den französischen Wahlen verhältnismäßig günstig. Die Art aber, wie in Deutschland die selbständig günstige äußere Lage benutzt werde, sei verhängnisvoll. Die jetzige Regierungskrise sei ein Verbrechen an deutschen Volk. Das besetzte Gebiet protestiere dagegen, daß es wieder einmal zum Spielball innerpolitischer Kämpfe gemacht werde. Hier deutschnationale Reinfogel im Kabinett seien verhängnisvoll für die Außenpolitik. Der Reichskanzler habe aber leider nicht die klare Linie eingehalten, die er nach seiner inneren Überzeugungen verfolgen müsse. Die demokratische Fraktion werde nicht in der Rechtsblock eintreten. Sie werde keinem Minister erlauben, in diesem Kabinett zu verbleiben. Sie werde es außenpolitisch unterstützen, solange die Londoner Linie eingehalten werde. Innenpolitisch behalte sie sich freie Hand vor. Minister Gehler hat der Fraktion postillo erklärt, er werde sich dem Beschluß der Fraktion fügen. Der oberste Chef der deutschen Reichswehr werde kein Beispiel vom Andizjotin

und Gehorsamheitsverweigerung geben. Die demokratische Fraktion könne nicht mit einem Bein im Bürgerblock stehen und mit dem anderen in der „Volksgemeinschaft“. Die Republik den Republikanern. Das besetzte Gebiet müßte sich rühren. Wenn der neue Rechtsblock zu allen anderen Streitfragen auch noch das Reichsschulgesetz machen wolle, dann stehe Deutschland vor schweren Kämpfen. Es gebe in Zukunft zwei große Gruppen in der deutschen Politik: Der Block der Reaktion, der Eisenhändler einerseits und der Block Schwarz-Rot-Gold andererseits. Wenn eine solche Einteilung unvermeidlich sei, dann gehöre die Demokratische Partei auf die Seite der Republik und der Freiheit. Der ewige Unruhestifter in der deutschen Politik sei die Deutsche Volkspartei, die ihren Liberalismus längst vergessen habe.

Absage an die Deutschnationalen.

Am Sonntag fand in Berlin eine Tagung der Vertrauensleute der Sozialdemokratischen Partei des Wahlkreises Potsdam II statt. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen: „Die zahlreich besuchte Vertrauensmännerversammlung des Wahlkreises Potsdam II der DDP. spricht der demokratischen Reichstagsfraktion Dank und Anerkennung für ihre entschlossene Haltung in der Frage der Regierungsbildung aus; sie gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Fraktion weiterhin, unterentschlossener Ablehnung einer Koalition mit den antirepublikanisch, großagrarisches und schwerindustriell eingestellten Deutschnationalen, an der Politik der Mitte im Sinne der Politik der bisherigen Regierung festhält. Sollte diese Politik an der Haltung bisheriger Regierungsparteien scheitern, so ist die Auflösung des Reichstages gerade vom demokratischen Standpunkt aus dringend geboten.“

Die Bürgerblock-Komödie.

Paris, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die stotschende Presse in Frankreich ist einmütig in ihrem Urteil, daß die Welt noch kaum jemals ein so „jämmerliches Schauspiel“ gesehen habe, wie es die Entwicklung der politischen Krise in Berlin biete. So erklärt am Sonntag der „Quotidien“, daß mit Ausnahme der Sozialdemokraten, deren Haltung vom ersten Tage der Krise an klar und unzweideutig gewesen sei, alle anderen Parteien eine geradezu klägliche Komödie aufgeführt hätten, die den republikanischen Gedanken in Deutschland um jeden Kredit bringen müsse. Immerhin sei es erfreulich, daß die Demokraten nach längerem Wanken endlich den Mut gefunden hätten, sich offen dem Eintritt der Nationalisten zu widersetzen. Man könne sich nicht vorstellen, daß der Kanzler sich nicht darüber im Klaren sein sollte, welche Proportation es gegenüber der ganzen Welt, besonders Frankreichs bedeute, wenn er Monarchisten in sein Kabinett aufnehmen. Auch der unvoreingenommene Beobachter könne sich der schwersten Besorgnisse nicht enthalten, daß die Vorläufer der deutschen Revolution nun mit Hilfe des Zentrums erneut die politischen Zügel an sich reißen, die ihnen die Revolution aus der Hand gewunden habe.

Rechtlich urteilt das „Deuore“, das dem Zentrum zum Vorwurf macht, sich seiner politischen Verantwortung zu entziehen. Die ganze Entwicklung der Krise dränge den Gedanken auf, daß die Republik in Deutschland noch keine Wurzel geschlagen habe. Einzig und allein die Sozialisten und Demokraten seien ihren Prinzipien treu geblieben, das Zentrum dagegen habe einen verhängnisvollen Mangel an politischer Courage und innerer Solidität gezeigt. Das Blatt ist der Ansicht, daß ein Kabinett des Bürgerblocks sich gegen die Opposition der Linksparteien kaum längere Zeit halten könne. In der Zwischenzeit aber habe Deutschland ohne Vorteil seinen Kredit im Auslande ruiniert.

Eine Friedenskundgebung in Essen.

Essen, 20. Oktober. (TU.) Die Deutsche Friedensgesellschaft veranstaltete gestern vormittag im Städtischen Saalbau eine öffentliche Kundgebung, die u. a. von zahlreichen Besatzungsfranzosen besucht war. General Verraux, Paris und General v. Schönath sprachen über die Abrüstung und die „Vereinigten Staaten von Europa“. General Verraux führte u. a. aus: Eine Vorbedingung der Abrüstung sei, daß sie bei allen Völkern erfolge. Das sicherste Mittel für die Wiederherstellung des Friedensgeistes sei die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Ein einheitliches Geld müsse geschaffen, Zölle und Grenzen müssen aufgehoben werden. Im politischen Föderalismus liege Europas einziges Heil. Nicht nur Generalfriede, sondern auch Streit der Generale sei nötig. Der Redner schloß mit einem Appell an die Frauen und dem Ruf: „Krieg dem Kriege“. General v. Schönath sagte u. a.: In dem Kampf gegen die Kriegsschuldlinge habe er es mit Macdonald, der in Genf sagte, vorwärts und nicht rückwärts blicken. Diese Frage mögen die Historiker nach 30 Jahren entscheiden. Was sich die Kirche an großer Entstellung der Bibel leisten, um die Kriege zu verherrlichen, schreie zum Himmel. Die Schuld aber sei nicht minder schuldig. Redner schloß mit einem Appell an die Mütter, ihre Schuldigkeit zu tun. Redner schloß mit einem Appell an die Mütter, ihre Schuldigkeit zu tun. Die Versammlung beschloß, an den Reichskanzler und Innenminister Severing folgendes Telegramm zu richten: „Die von der Friedensgesellschaft Essen einberufene, von 2000 Personen besuchte öffentliche Versammlung erwartet von der Reichsregierung im Interesse der deutschen Ehre sofortige Maßnahmen zur Freilassung von Fehrenbach.“

Justizschande.

Das Fehrenbach-Urteil fährt sich abermals.

Von Alwin Saenger.

Vom 3. bis 13. Oktober 1922 fand vor dem Volksgerichte München I die Hauptverhandlung gegen Felix Fehrenbach und Gen. wegen „Landesverrats“ statt. Am 20. Oktober 1922 wurde das Urteil verkündet. Heute fährt es sich also zum zweiten Male, daß Fehrenbach wegen eines Verbrechens des vollendeten und wegen eines Verbrechens des versuchten Landesverrats zur Gefängnisstrafe von elf Jahren Zuchthaus verurteilt wurde; einen guten Teil der erlassenen Strafe hat der Verurteilte als Unschuldiger mithin schon verbüßt.

Was in den zwei Jahren, die seit diesem Urteil vergangen sind, über die politische Justiz des Freistaates Bayern allemählig und unerschütterlich festgestellt wurde, ist so unerhörte, daß diese Justiz alles, den letzten spärlichen Rest von Ansehen verloren hat. Denn um der Wahrheit willen muß man ihr den Vorwurf der Rechtsbeugung machen. In der angesehensten deutschen Rechtszeitschrift war der vernichtende Satz zu lesen, im Hitler-Prozess sei das Recht rein willkürlich von den Richtern angewandt worden; dieser für die Justiz eines Kulturstaates schändlichste Vorwurf mußte in einer deutschen wissenschaftlichen Zeitschrift allerersten Ranges deutschen Richtern gemacht werden, die vor den Augen und Ohren der zivilisierten Welt in einem wochenlang dauernden Strafprozess Recht zu sprechen hatten. Selbst der bayerische Justizminister — und das sagt wahrlich sehr viel — mußte im Juli dieses Jahres im bayerischen Landtag zugeben, daß der Gerichtsvorsitzende des Hitler-Prozesses gewisse Fragen nicht so leicht hätte nehmen dürfen. Er spielte hiermit auf eine besonders trasse und unerhörte Rechtsbeugung an. Der eine der Angeklagten war nämlich in der Verhandlung in der Oberland-Uniform erschienen, deren Tragen gesetzlich verboten war; für diese bewusste Rechtsverletzung vor den Augen des rechtsprechenden Gerichtes konnte aber der Angeklagte sich auf die ausdrückliche Erlaubnis des vorliegenden — Richters berufen. Da ist es eine wohlverstandene Selbstverständlichkeit, daß die Ständekronik dieser sogenannten Rechtspflege bis zur Stunde in immer ausgiebigeren wohlgelungenen Variationen fortgeführt werden kann; und unter der Spitzmarke „öffentlicher Skandal“ stellt die Parteipresse des Ministerpräsidenten Held auf Grund neuester Enthüllungen fest, daß das Hitler-Urteil vom 1. April 1924 auf einem Bruch des objektiven Rechtes beruhe und daß ein Bruch der richterlichen Amtsverschwiegenheit geschehen sei. Zulangliche Ursache dieser allerletzten Entrüstung der — wohlgeachtet — bayerisch-volksparteilichen Presse war die öffentliche Feststellung, daß die Herren Laienrichter sich zu einem „Schuldig“ nur durch den „Auspruch“ der Berufsrichter, Hitler und Gen. würden selbstverständlich Bewährungsfrist bekommen, bestimmen ließen. So dürfen im Lande Personen hantieren, die den Ehrentitel Richter tragen!

In einem Staatswesen, gegen dessen politische Prozesse der Vorwurf der Rechtsbeugung wegen des Spielens zu führenden Wahrheitsbeweises ungestraft erhoben werden kann, hat es keinen Sinn mehr, von Gerechtigkeit zu sprechen. In einem Staatswesen, in dem derjenige zum obersten Verwaltungsrichter von der politischen Gewalt ernannt wird, dessen jüngste Amistätigkeit in einem planmäßigen Rechtsbruch nach dem anderen bestand, hat es keinen Sinn mehr, von Recht zu sprechen. Ein Staat, in dem die zur Hütung und Wahrung des heiligen Glaubens an das Recht Berufenen und Verpflichteten nur in den Amistuben rumoren und in der Dessenlichkeit selbe schweigen, wenn ein dreifacher Verfassungsbrecher im Formate Dr. v. Kahr zum obersten Richter in einem Kulturstaate, in einem deutschen Kulturstaate — das deutsch ist für die Patentpatronen hierhergesetzt — ernannt wird, hat verlernt, dem Rufe nach Wahrheit und Recht sein Ohr zu leihen.

Und doch. — Zögert man nicht selbst der politischen Justiz eines solchen Staatswesens gegenüber die insamerende Anklage zu erheben, sie lasse einen Unschuldigen hinter Zuchthausmauern? Dies Unmöglichste vollbringt diese bayerische politische Justiz. Sie vollbringt es mit einem Ignominium, der in solcher Vollendung nur demjenigen zu eigen ist, der seine letzte Reputation durch eine große Lüge zu retten versucht. Zwei Jahre unschuldig im Zuchthaus, und sie alle, die mit pastoraler Dynamik von der Wiedergeburt durch die Erweckung und Neubekräftigung christlicher Tugenden hierzulande viel, sehr viel — reden, sie ich wie ich gegenüber dieser Schmach!

Erwiesenermaßen unschuldig sieht Felix Fehrenbach ins dritte Jahr seines Zuchthausdaseins hinüber. Kein einziger aus dem anderen Lager, kein einziger Richter unter seinen politischen Gegnern besitzt in diesem Deutschland, das im Namen des ewigen Rechtes zum Leben seiner nationalen Freiheit wieder kommen will, Charakter und Mut, für das Opfer eines erwiesenen furchtbaren politischen Fehljudges einzutreten. Kein einziger! Aber alle diese einzigen blähen sich hochmütig als „bessere Christen“, wenn sie ihre Mäuler über die Justizchronik jenseits der Grenzen aufreißen.

Die Justizgewalt macht sich bequem nach der Art subalterner Naturen, denen der Mut zur Wahrheit fehlt. Die Unschuld des Zuchthausgefangenen zu leugnen vermag selbst sie nicht; denn die Schande, die mit den vor sechs (!) Monaten veröffentlichten Gutachten deutscher Rechtslehrer

